

Fragenkatalog des ADFC zur Kommunalwahl 2026 – Beantwortung durch den CDU Stadtverband Langen

1. Mobilität in Langen

In Langen sind verschiedene Verkehrsträger relevant, insbesondere Auto, Fahrrad, Fußverkehr und ÖPNV.

Welche verkehrspolitischen Ziele verfolgt Ihre Liste in der kommenden Wahlperiode? Für welche Maßnahmen und Beschlüsse möchten Sie sich im Stadtparlament insbesondere einsetzen?

Sind Sie bereit, zugunsten sicherer Radwege und angemessener Radverkehrsanlagen gegebenenfalls auch Kfz-Stellplätze oder Fahrstreifen zu reduzieren – insbesondere dort, wo Konflikte bestehen?

Wohin soll sich aus Ihrer Sicht die Mobilität in Langen in den kommenden Jahren entwickeln?

Wir sichern eine alltagstaugliche, ideologiefreie Mobilität, die alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sowie sämtliche Altersgruppen berücksichtigt. Die unterschiedlichen Verkehrsträger dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir stehen für sichere Fuß- und Radwege, sanierte Straßen und den vierspurigen Ausbau der B486. Wichtig sind auch bessere ÖPNV-Anbindungen, wie etwa die Regionaltangente West, sowie direkte Busverbindungen zum Flughafen Frankfurt. Mobilitätsprojekte müssen aber auch finanzierbar sein. Projekte, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune überschreiten lehnen wir ab.

Insbesondere beim Eingriff in den Bestand (Parkplätze, Fahrstreifen) muss behutsam vorgegangen werden. Bei Entscheidungen müssen alle Beteiligten mitgenommen und deren Meinung berücksichtigt werden, da ansonsten schnell das Verständnis für Maßnahmen verloren geht. Auch in der Vergangenheit gab es bereits Anpassungen bei Parkplätzen oder Verkehrsführungen, insbesondere aufgrund sicherheitsrelevanter Überlegungen. Dies wurde – aufgrund der objektiven Nachvollziehbarkeit – auch gut angenommen. Der Wegfall von Parkplätzen im Einmündungsbereich von Querstraßen in der Oberen Gartenstraße ist ein solches Beispiel.

Fälle in denen ein Wegfall aber nicht kompensierbar wäre und Anwohner vor nicht lösbare Probleme gestellt würden (Bspw. die Forderung nach dem Wegfall von Parkplätzen in der Heinrichstraße – hier sind aufgrund der historischen Bebauung regelmäßig keine Stellplätze auf den Grundstücken verfügbar) lehnen wir ab. Hier gilt es dann andere Lösungen zur konkreten Verbesserung der Situation zu finden.

2. Finanzierung

Soll Langen künftig ein festes jährliches Budget für Rad- und Fußverkehrsmaßnahmen einplanen (z. B. xx €/Einwohner:in)? Wie wäre dies eventuell finanzierbar, insbesondere auch aus Fördertöpfen?

Wenn ja: wie hoch sollte es sein und wofür sollte es eingesetzt werden?

In welcher Form sollen Bürger:innen an der Entscheidungsfindung beteiligt werden?

Langen erhält vom Bund gut 12 Millionen € aus dem Sondervermögen Infrastruktur. Welche Maßnahmen sollen mit diesem Geld umgesetzt werden?

Es muss sichergestellt werden, dass für die Projekte, die durchgeführt werden sollen und die beschlossen werden, die Finanzierung gegeben ist. Dies ist in Zeiten klammer Kassen, in denen jede einzelne Ausgabe auf den Prüfstand gestellt werden muss, keine Selbstverständlichkeit. Ein festes, jährliches Budget ist vor diesem Hintergrund nicht zielführend. Der Haushaltsplan wird in jedem Jahr vom Parlament beschlossen. In diesem Plan wird – im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt – von den Stadtverordneten festgelegt, welche Projekte, mit welchem Finanzbedarf durchgeführt werden sollen und können. Das Verfahren ist bekannt, demokratisch und transparent. Daran bedarf es keiner Änderungen.

Der genannte Betrag (€ 12 Millionen) kann bzw. soll nach Vorgabe des Bundes bzw. des Landes Hessen für eine Vielzahl von Bereichen eingesetzt werden, der Begriff „Infrastruktur“ ist leider irreführend bzw. wird sehr weit ausgelegt. Laut Information des Landes Hessen kann/soll der Betrag in folgenden Bereichen verwendet werden: Gesundheit und Pflege, Mobilität (Verkehrsinfrastruktur), Wohnungs- und Städtebau, Digitales, Bildungsinfrastruktur, Betreuungsinfrastruktur, Technische Infrastruktur (zum Beispiel Kanalisation), Bevölkerungsschutz (Sicherheit/Katastrophenschutz/Feuerwehr), Sportinfrastruktur.

3. Radroutenkonzept & Quick Wins

Das ADFC-Radroutenkonzept und die Liste der Quick Wins liegen vor. Wie stehen Sie dazu? Welche Punkte wollen Sie prioritär umsetzen?

Haben Sie andere konkrete Vorschläge?

Mit der Quick-Win Liste des ADFC hat sich unsere Fraktion intensiv beschäftigt. Sie ist absolut begrüßenswert, da sie konkrete Vorschläge macht, die sich z.T. ohne großen Aufwand bzw. ohne hohe Kosten umsetzen lassen. Mit anderen Fraktionen haben wir beschlossen, zu diversen Themen Anträge zur Umsetzung einzelner Anliegen in der Stadtverordnetenversammlung zu stellen. Diese Anträge befinden sich bereits im Geschäftsgang.

Eine große Anzahl von Punkten aus der Quick-Win Liste fallen allerdings nicht in die Zuständigkeit der Stadtverordnetenversammlung. Die Zuständigkeit für "Verkehrsregelnde-Maßnahmen" auf kommunalen Straßen liegt in Hessen beim "Bürgermeister als Ordnungsbehörde". Dies bezieht Geschwindigkeitsbegrenzungen, Einbahnstraßen etc. mit ein. Die Stadtverordnetenversammlung kann also entsprechende Beschlüsse nicht fassen, bzw. wenn sie es täte, würden diese ohne Wirkung bleiben. Die Zuständigkeit ergibt sich aus der HGO in Verbindung mit der StVO und insbesondere aus §10 der hessischen "Verordnung zur Bestimmung verkehrsrechtlicher Zuständigkeiten (StVRZustV)".

4. Zusammenarbeit und Beteiligung

Wie wollen Sie als Fraktion sicherstellen, dass der ADFC, die Verkehrswendeinitiative Langen/Egelsbach (ViLE) und andere zivilgesellschaftliche Akteure frühzeitig und konstruktiv in Planungen einbezogen werden?

Gibt es Themen Ihrerseits, die Sie gerne zusammen mit dem ADFC umsetzen würden?

Die Zusammenarbeit mit dem ADFC, der ViLE und weiteren Akteuren empfinden wir als sehr positiv und ausgeprägt. Mit der Funktion des Radverkehrsbeauftragten gibt es eine Person an der Schnittstelle zwischen Verwaltung, Politik und den Interessens-Gruppen. Diese Arbeit sollte – wo sinnvoll – weiter intensiviert werden. Die Meinung von ADFC, ViLE und anderen wird von uns respektiert, geschätzt und ernstgenommen. Sie sind wichtiger Impulsgeber.

Ein Thema, welches uns besonders am Herzen liegt, ist die Sicherheit im Straßenverkehr sowie gegenseitiges Verständnis und Rücksichtnahme der unterschiedlichen Nutzer füreinander. Hier könnten wir uns Projekte mit dem ADFC und anderen vorstellen. Konkret würde dies bspw. bedeuten: Autofahrer für Radfahrer, und Fußgänger und deren Bedürfnisse zu sensibilisieren, gleichzeitig aber auch Radfahrer und Fußgänger – insbesondere Kinder und Jugendliche – für den Autoverkehr und besondere Situationen wie z.B. den Toten-Winkel, Vorfahrtssituationen etc. zu sensibilisieren. Darüber hinaus könnte man gemeinsam überlegen, wie Konfliktsituationen zwischen Fußgängern und Fahrradfahrern im innerstädtischen Bereich minimieren werden könnten.

5. Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (AGNH)

Das Stadtparlament hat sich in der ablaufenden Legislaturperiode gegen den Beitritt zur AGNH ausgesprochen. Die Mitgliedschaft ist kostenlos und bietet u.a. Informations- und Erfahrungsaustausch, Zugang zu Facharbeitskreisen und Fördermittelscreening. Alle Nachbargemeinden von Langen sind bereits Mitglied.

Wie steht Ihre Liste zu einem Beitritt zur AGNH in der kommenden Wahlperiode? Falls Sie ihn befürworten: Wie wollen Sie im Stadtparlament dafür Mehrheiten organisieren? Falls Sie ihn ablehnen: Wären Sie bereit, diese Position vorab mit uns zu diskutieren?

Wir lehnen die Mitgliedschaft in der AGNH auch weiterhin ab. Bei Beitritt zur AGNH muss die Kommune die „Charta der AGNH“ unterzeichnen und verpflichtet bzw. unterwirft sich deren Inhalten. Wir wollen weiterhin frei und ohne Fremdbestimmung Mobilität in unserer Kommune gestalten können.

Uns wurde – im Zuge der Ablehnung des Beitritts – versichert, dass die Stadt Langen die Angebote der AGNH auch ohne einen Beitritt in vergleichbarer Form abrufen kann.

Selbstverständlich sind wir aber zu allen Themen und Aspekten jederzeit Gesprächsbereit.

6. Fördermittel

In der Vergangenheit sind Fördermittel für den Radverkehr oft nicht ausgeschöpft worden.

Welche Rolle soll Ihre Fraktion dabei spielen, künftig alle verfügbaren Fördermöglichkeiten zu identifizieren und zu nutzen – ggf. auch mit Unterstützung von ADFC und ViLE?

Nach unserer Kenntnis ruft die Stadt Langen vielfältige Fördermittel ab. Bei einigen Fördermöglichkeiten gibt es jedoch die Verpflichtung einen hohen Eigenanteil zu leisten, dies ist dann in einigen Fällen aufgrund der Haushaltssituation ggf. nicht unmittelbar möglich. Für weitere Hinweise zu Fördermöglichkeiten sind wir aber jederzeit dankbar und dafür offen.

7. ÖPNV und Vernetzung

Wie steht Ihre Liste zu der derzeit diskutierten Verlängerung der Straßenbahnlinie 17 von Frankfurt über Neu-Isenburg und Dreieich nach Langen?

Welche Rolle soll aus Ihrer Sicht der ÖPNV künftig im Gesamtverkehrssystem Langens spielen?

Die CDU Langen hat eine Anbindung Langens an die Regionaltangente West (RTW) maßgeblich vorangetrieben. Die notwendigen planerischen Voraussetzungen wurden von uns gemeinsam mit der Stadtverwaltung geschaffen. Parallel dazu konnte die technische Umsetzbarkeit nachgewiesen und außerdem gezeigt werden, dass die Wirtschaftlichkeit des Gesamtprojektes RTW bei einer Verlängerung nach Langen gegeben ist bzw. sogar gesteigert wird. Darüber hinaus würde die Umwelt durch die Anbindung Langens erheblich profitieren.

Ein positives Beispiel sind auch Projekte wie der Hopper und Kira, die ÖPNV innovativ und neu denken sowie ein hohes Maß an Nutzerfreundlichkeit aufweisen. Wir befürworten die Weiterführung beider Projekte.

Zur angedachten Verlängerung der Straßenbahnlinie 17 von Frankfurt über Neu-Isenburg und Dreieich bis nach Langen wird im Sommer 2026 der Stadtverordnetenversammlung eine Detailplanung und Kostenschätzung vorgelegt. Wir gehen nicht davon aus, dass das Projekt – insbesondere vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage - realisiert werden kann. Projekte, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommune überschreiten, lehnen wir generell ab.